

19 OKT. 1961



Hochschulzeitung

TECHNISCHE HOCHSCHULE DRESDEN - ORGAN DER SED-PARTEIORGANISATION

Zwingende Notwendigkeit

Die Wissenschaftler unserer Hochschule unterstützen die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten noch in diesem Jahr

Sachlich und nüchtern schätzen die Wissenschaftler unserer Hochschule die Situation ein und sind deshalb der Meinung, daß die Frage Krieg oder Frieden zugunsten des Friedens entschieden wird. Sie sind sich andererseits bewußt, daß man die Gefährlichkeit des westdeutschen Militarismus nicht unterschätzen darf, da er die größte Gefahr für den Frieden darstellt. Aus diesem Grunde halten sie den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages für das Gebot der Stunde. Sie sind sich ebenfalls bewußt, daß der Weg zu einem demokratischen Gesamtdeutschland nicht leicht ist und wir noch manche Schwierigkeiten werden überwinden müssen. Geben wir Herrn Prof. Dr.-Ing. Elsner, Direktor des Instituts für Energiewirtschaft, das Wort:

„Stabile politische Zustände schaffen“

„Die Frage nach dem Abschluß eines Friedensvertrages ist die Frage, die uns alle interessiert und die von jedem Wissenschaftler eine Stellungnahme verlangt.“

Den politischen Zustand nach 1945 möchte ich, erlauben Sie mir einen Vergleich aus der Physik, als labiles Gleichgewicht bezeichnen, als einen Zustand, der leicht umschlagen kann. Auf die politische Ebene übertragen heißt das, es besteht eine Situation, die sich nicht nach der friedlichen Seite hin entwickeln muß. Es ist deshalb für uns Deutsche in Ost und West die Pflicht, endlich einmal für uns politische stabile Zustände zu schaffen. - Das Erstaunlichste ist wohl nicht so sehr, daß wir nach 16 Jahren noch keinen Friedensvertrag haben, sondern daß es noch nicht einmal zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag gekommen ist. Es gilt, möglichst rasch einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland abzuschließen, damit das labile politische Gleichgewicht aufgehoben wird.

Bonn ist für den nationalen Notstand verantwortlich

Der im Friedensplan enthaltene Vorschlag zur Bildung einer deutschen Friedenskommission bietet Möglichkeiten, zu einem direkten Gespräch auf höchster Ebene zu kommen, das dazu beitragen könnte, alle Hemmnisse nach und nach aus dem Wege zu räumen. Aus diesem Grunde ist der Vorschlag unbedingt zu begrüßen; denn man beseitigt die vorhandenen Schwierigkeiten nicht dadurch, daß man alle Angebote von unserer Seite zurückweist. Es ist ein nationaler Notstand für Gesamtdeutschland, daß es noch nicht zu einem Gespräch zwischen Ost und West auf höchster Ebene gekommen ist, das zum Beispiel zwischen Wissenschaftlern beider deutscher Staaten laufend auf Tagungen usw. stattfindet. Immer wieder spürt man dabei das Bedauern darüber, daß ein zweigeteiltes Deutschland besteht. Und auch die westdeutschen Kollegen begrüßen jeden Schritt, der das Verhältnis zwischen Ost und West verbessern hilft.

Es ist sehr wesentlich, daß wir einen konstruktiven Vorschlag unterbreiten, der die realen Bedingungen berücksichtigt. Man vermißt aber die konstruktiven Gegenvorschläge. Wir verlangen nicht, daß man unsere Verhandlungsgrundlage einfach akzeptiert, was wir aber zumindest verlangen können, das sind sachliche Gegenvorschläge; denn ein solches Gespräch muß von beiden Seiten vorbereitet werden.

Die Wissenschaft muß dem Frieden dienen

Ich bin der Meinung, daß wir auf vielen Gebieten des Lebens noch viel Gemeinsames haben, so zum Beispiel die Auffassung, daß die Wissenschaft dem Frieden dienen muß und nicht der Vorbereitung eines neuen Mordens. Diese Ansicht setzt sich in Westdeutschland durch, das spürt man bei Gesprächen, und das geht aus den Erklärungen namhafter Wissenschaftler hervor, die sich gegen die atomare Aufrüstung wenden. Man könnte sich sehr schnell über ein einheitliches Verkehrssystem, über den Ausbau des Verkehrsnetzes, des Nachrichtenwesens usw. einigen.

Daß es zu Verhandlungen und nicht zum Kriege kommen wird, betonte auch der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, in seinen Ausführungen. Auch das Westberlinproblem wird gelöst werden. Eine Provokation von westlicher Seite ist wenig wahrscheinlich, da jeder Angriff auf die DDR ein Angriff auf das sozialistische Lager ist und mit entsprechenden Gegenmaßnahmen beantwortet wird.

Es wird nicht geschlossen, sondern verhandelt werden

Ich glaube, daß weder die Engländer noch die Amerikaner Westberlin für verhalten, einen Krieg vom Zaune zu brechen.

Leider gibt es jedoch politische Kreise in der Bundesrepublik, die ihre Stärke zeigen und eine Provokation auslösen möchten. Wir kennen diese Haltung, die uns in der Vergangenheit schon so vieles Leid brachte. Ich habe die Hoffnung, daß in einer solchen Situation unsere Regierung durch kluge, besonnene und ge-

(Fortsetzung auf Seite 3)



Der Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Genosse Schill, der Vizepräsident der Deutschen Bauakademie, Genosse Prof. Collein, ein Mitarbeiter des Zentralkomitees der SED, Genosse Prof. Münter von der Fakultät für Bauwesen und der 1. Sekretär unserer Hochschulparteileitung, Genosse Ehrlich, beantworteten auf einem Forum an der Fakultät für Bauwesen wichtige Fragen, die die Wissenschaftler, Arbeiter und Angestellten unserer Hochschule in bezug auf den Abschluß eines Friedensvertrages und die Lösung der Westberlinfrage bewegten.

Das ist die richtige Antwort

Forderungen des 13. Plenums werden verwirklicht

Vor uns liegt ein Brief, der bestätigt, daß die Wissenschaftler unserer Hochschule ihre ganze Kraft einsetzen, um Schwierigkeiten bei der Planumstellung in der Produktion beseitigen zu helfen und um damit unsere volkseigenen Betriebe gegen eventuelle Störaktionen zu feien.

Darin heißt es:

„Mit größter Konzentration und Unterstützung durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und unserer Regierung wird in Dresden der wissenschaftliche Industriebetrieb der Hochvakuumtechnik aufgebaut. Bis zur Fertigstellung dieses Betriebes wurde uns das Gebäude der ehemaligen Schokoladenfabrik „Emerka“ in Niederwieditz zur Nutzung übergeben. Von einem Baumeister durchgeführte Berechnungen der Decktragfähigkeit dieses Gebäudes ergaben jedoch Werte, die eine weitere Produktion in diesen Räumen und den weiteren Ausbau des Betriebes in Frage stellten.“

In dieser Situation wandten wir uns an Herrn Prof. Dr.-Ing. Hütter der Technischen Hochschule Dresden mit der Bitte um Unterstützung, die uns sofort gewährt wurde. Noch am gleichen Tage, als wir unsere Sorgen vortrugen; besuchte uns Herr Prof. Dr.-Ing. Hütter und erklärte sich bereit, eine Nachberechnung vorzunehmen. Bereits 10 Tage später erhielten wir von ihm ein positives Gutachten.

Dieses Beispiel hat bei unserer Belegschaft große Freude ausgelöst. Wir sehen darin die enge Verbundenheit unserer Wissenschaftler zur Praxis und damit zu unserem Arbeiter- und Bauernstaat. Es ist uns deshalb ein aufrichtiges Bedürfnis, der Technischen Hochschule Dresden für diese echte sozialistische Hilfe auf diesem Wege nochmals zu danken.“

Vielleicht bewegen die Feindinnen in Leipzig ähnliche Gedanken, wenn sie an ihren Spezialmaschinen sitzen, die dank der Mithilfe des Instituts für Maschinenlehre und Verarbeitungsmaschinen jetzt einwandfrei arbeiten.

Grundlagenforschung für die Mechanisierung und Automatisierung

der Bedarfsgüterproduktion heißt das komplexe Thema, das vom Institut bearbeitet wird und eine beträchtliche Zahl Einzelaufgaben umfaßt, deren Lösung einmal der Grundlagenforschung und zum anderen der Forschung für Industrie und Institutionen dient.

Theoretisch und experimentell bearbeitet werden z. B. Probleme der Dynamik der Mechanismen in Verarbeitungsanlagen, der Werkstoffpaarungen in Kurvengebieten, der stufenlosen Drehzahländerung, der elektrischen und mechanischen Messung von Bewegungen und Kräften in allen Zweigen der bedarfsgüterzeugenden Industrie. Nach Abschluß der Einzelaufgaben wurden die Ergebnisse den jeweils daran interessierten Betrieben bzw. Institutionen durch wissenschaftliche Berichte übermittelt.

Einige Arbeiten seien hier abschließend erwähnt: Untersuchungen zur Klärung der Schwingungsverhältnisse in Offsetmaschinen mit dem Ziel ihrer Qualitätsverbesserung; Entwicklung von Kurbeltrieben für einen neuen Typ einer Kettenwerkmaschine, deren Leistung um rund 35 Prozent gesteigert wurde; Verbesserung eines Kurvenantriebs einer Pelznähmaschine; Analyse des dynamischen Verhaltens von Steuerkurven zwecks Verbesserung der Technologie der Kurvenherstellung und durch Zeitpeneinsatz Aufdeckung von Störungsursachen an einer in Entwicklung befindlichen Zigarettenmaschine.

Gespräch am runden Tisch

Vor einigen Tagen trat sich im Haus der Professoren ein kleiner Kreis von Wissenschaftlern unserer Hochschule. Sie folgten einer Einladung der Hochschulgewerkschaftsleitung und der Redaktion der „HZ“ zu einem Gespräch am runden Tisch, vor allem darüber, welche Aufgaben sich speziell für die Hochschule im Zusammenhang mit den Fragen um den Abschluß eines Friedensvertrages ergeben.

Unter der geschickten Leitung Prof. Dr.-Ing. Bertholds, des 1. Vorsitzenden unserer Hochschulgewerkschaftsleitung, entspann sich eine rege und interessante Diskussion, an der sich alle Anwesenden, unter ihnen Prof. Dr. Baumgärtel vom Institut für anorganische und anorganisch-technische Chemie, Herr Dux, Leiter der Hochschulbibliothek, und die Assistenten Dr. Kleinstück, Dr. Köhler, Dipl.-Ing. Pönisch und Dipl.-Ing. Thomas, lebhaft beteiligten. So kam es, daß die vorgerückte Stunde zum Abschluß des Gespräches zwang, ohne daß auf das eingangs erwähnte Problem, wo in der gegenwärtigen politischen Situation speziell die Aufgaben der TH liegen, näher eingegangen worden wäre. Das lag einfach daran, daß die allgemeinen aktuellen Fragen so intensiv im Hin und Her von Frage und Antwort erörtert wurden, daß dafür einfach keine Zeit mehr geblieben war. In diesem Falle empfand das keiner als Mangel, da gerade die Klärung der angeschnittenen Fragen doch die Grundlage für die Behandlung des ursprünglich vorgesehenen Themas war. Die Gründlichkeit und das hohe Niveau der Diskussion fanden bei den Anwesenden Zustimmung, und Prof. Dr.-Ing. Berthold wertete das als das positive Ergebnis dieses ersten Runderntischgesprächs und schlug vor, solche Aussprachen zu einer traditionellen Einrichtung werden zu lassen.

Welche Fragen waren es nun, die u. a. zur Diskussion standen?

Wird ein einseitig mit der DDR abgeschlossener Friedensvertrag de facto etwas an der Situation in Westberlin ändern oder wird er nicht vielmehr zu einer stärkeren Aktivität westdeutscher militaristischer Kreise führen?

Läßt sich aus den bestehenden Abkommen der Mächte der Anti-Hitler-Koalition die Rechtsgrundlage für die Zugehörigkeit Berlins (einschließlich Westberlin) zum Territorium der DDR nachweisen?

In Anbetracht dessen, daß die Westmächte in ihren ablehnenden Antworten an die UdSSR diese Zugehörigkeit verneinen, sollen hier die Fakten sprechen.

In der Deklaration „Über die Besatzungszonen“ vom 5. Juni 1945 wird festgelegt, daß zwecks gemeinsamer Leitung der Verwaltung eine interalliierte Behörde errichtet wird, die aus vier von den entsprechenden Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten bestehen sollte. Unter Heranziehung noch anderer Dokumente ergibt sich, daß das Gebiet von Groß-Berlin zum Gebietsbestand der sowjetischen Besatzungszone gehört, die Westmächte kein Veräußerungsrecht über dieses Gebiet hatten. Die Ausübung der „obersten Gewalt“ bezog sich nur auf ihre Besatzungszonen. Mit dem Abgehen von den Prinzipien des Potsdamer Abkommens verloren die Westmächte jedes Recht auf Beteiligung an der Besetzung und Verwaltung Berlins. Damit war rechtmäßig jede Beschränkung der „obersten Gewalt“ der sowjetischen Besatzungsorgane durch die Westmächte entfallen. Damit ist die Feststellung: ganz Berlin gehört zum Territorium der DDR die eindeutig rechtliche Schlußfolgerung.

Damit ist der Anknüpfungspunkt für die Antwort auf die zweite Frage gegeben. Der Friedensvertrag wird die völkerrechtliche Stellung der DDR in jeder Hinsicht stärken. Das hat für die internationale Stellung der DDR weitgehende Konsequenzen. Provokationen in Westberlin von Bonner Seite aus würden in diesem Augenblick keine „innerdeutsche Angelegenheit“ mehr sein, sondern die internationale Öffentlichkeit, die Völker auf den Plan rufen und jeden Aggressor stempeln. Ein Friedensvertrag wird die Bonner Machthaber weiter isolieren und ihre Chance, die Kriegslücke zu entzünden, geringer. Und wäre das - wenn auch keine Endlösung - nicht doch schon viel? rol.

Diesen Vorschlag überall diskutieren!

Ein Ergebnis der Mitgliederversammlung der Parteiorganisation Maschinenwesen vom 10. Juli

„Die Dialektik der Entwicklung besteht darin, daß jeder Erfolg bei der Erfüllung des Siebenjahresplans die Kräfte des Friedens stärkt, aber der friedliche Wettbewerb durch die Sicherung des Friedens mit Hilfe des Friedensvertrages erzwungen werden muß.“ (Genosse Honecker auf dem 13. Plenum).

Verständnis und Klarheit über diese wichtige, aber komplizierte Aufgabenstellung zu erreichen, war das Ziel der ersten Mitgliederversammlung der Parteiorganisation Maschinenwesen am 10. Juli 1961.

Wir können feststellen, daß dieses Ziel in einer lebhaften, herzerfrischenden Diskussion erreicht wurde.

Einigkeit bestand von vornherein über die historische Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages, um endlich einen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zu ziehen und damit gleichzeitig den Bonner Ultras Fesseln anzulegen. Wir waren uns auch darüber im klaren, daß die Werktätigen in Ost und West die Hauptlast in diesem Kampf zu tragen haben und ihnen die geschichtliche Verantwortung von niemandem abgenommen wird. In diesem Zusammenhang tauchte eine Reihe Fragen auf: Wird sich an dem Problem Westberlin ein neuer Krieg entzünden? Werden durch den Friedensvertrag unsere ökonomischen Beziehungen zur kapitalistischen Welt abgebrochen? Wird der Friedensvertrag die Spaltung Deutschlands vertiefen?

Wir kamen überein, daß der Friedensvertrag weder zur weiteren Spaltung Deutschlands noch zum Abbruch der ökonomischen Beziehungen mit der kapitalistischen Welt führt. Im Gegenteil. Der Friedensvertrag fördert eine demokratische Entwicklung in Westdeutschland - auch wenn er einseitig nur mit der DDR abgeschlossen werden sollte - und knüpft das Band der nationalen Zusammengehörigkeit fester. Was die Frage der Handelsbeziehungen mit dem kapitalistischen Ausland betrifft, so darf man nie vergessen, daß die DDR innerhalb von zehn Jahren unter den un-

günstigsten und schwierigsten Bedingungen zur fünf stärksten Industriemacht Europas entwickelt hat und daß die kapitalistische Welt, wie das die letzte Leipziger Messe deutlich zeigte, das immer



Günstige Bilanz

Sehr aktiv arbeiten im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes die Kolleginnen und Kollegen der AGL XII, HA Fern- und Abendstudium. 245 Aufbaustunden an 11 Einsatztagen im Patentbesitz, dem VEM (K) Gartenbau der Stadt Dresden, Betriebsteil Gostritz, das ist die Bilanz der ersten sechs Monate dieses Jahres.

mehr einzuschätzen beginnt und an wirtschaftlichen Beziehungen mit der DDR, die stabile ökonomische Grundlage hat, interessiert ist.

Unsere Aufgabe besteht vor allem darin, die ökonomische Basis unserer Repu-

blik weiter zu festigen und auszubauen. Das bedarf großer Anstrengungen; das bedarf unter den gegebenen Umständen einer Umstellung unseres Siebenjahresplans, weil es darauf ankommt, unsere Wirtschaft frei zu machen von jeglichen Störversuchen der reaktionärsten Kräfte Westdeutschlands.

In diesem Zusammenhang wurde von den Genossen des Instituts für Werkzeugmaschinen ein Vorschlag unterbreitet, den wir hiermit zur Diskussion stellen möchten. Wir wissen alle, welche gewaltige Arbeit von unseren Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Lehre und Forschung geleistet wird. Wir wissen aber auch, welchen Tempoverlust wir haben auf dem Gebiet der Publikationen, vor allem in der Herausgabe von Lehrbüchern und bei der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Deshalb sollte man überlegen, ob es nicht möglich wäre, die Aufertigung eines Lehrbuches oder einzelner Kapitel als Dissertation anerkennen zu können. Wir würden dadurch schneller in unserer Entwicklung vorankommen, wir würden die Lücke auf dem Sektor Lehrbücher rascher schließen, uns damit unabhängig von Westdeutschland machen und wertvolle Devisen einsparen. Außerdem kämen wir der Forderung nach, die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu forcieren. Auf diesem Gebiet können wir uns außerdem auf die sowjetischen Erfahrungen stützen.

Unserer Meinung nach wäre dies ein Weg, um den Erfordernissen unserer Zeit gerecht zu werden; deshalb sollte man darüber sprechen.

Anmerkung der Redaktion: Wir bitten vor allem die Herren des Lehrkörpers und unsere Assistenten, sich zu diesem Vorschlag zu äußern.